

blick nach rechts

G 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 13. Jahrgang Nr. 24 27. November 1996

→ **Feindbild „Antifaschismus“**

Seite 2

Ein Bonner Professor ist tief in das ultrarechte Netz verstrickt. In rechtsextremen Blättern „outet“ er den politischen Gegner und stellt ihn an den Pranger.

→ **Geschäfte mit Oi-Musik** Seite 5

Mit der Musik für Neonazis und Skinheads wird längst ein schwunghafter Handel betrieben. Die Umsätze haben mittlerweile die Millionengrenze überschritten.

→ **Kopf der Neuen Rechten**

Seite 8

Die französische Nouvelle Droite hat die rechtsextreme Ideologie modernisiert. Sie hat sich jedoch keineswegs, wie fälschlicherweise behauptet, vom Rechtsextremismus wegentwickelt.

→ **Umgang mit der Vergangenheit** Seite 11

Der „Majdanek-Prozeß“ vor gut zwanzig Jahren machte weltweit Schlagzeilen. Zur Erinnerung haben sich im Düsseldorfer Gerichtssaal ehemalige Prozeßbeteiligte nebst Zuhörern noch einmal zusammengefunden.

Tagebuch Seite 14

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Südstraße 133, 53175 Bonn
Telefon 0228/95113-0, Fax 95113-16

Anti-Antifaschismus als Mission: **Der Feind steht links**

Das ARD-Fernsehmagazin „Parnorama“ berichtete in seiner Sendung vom 28. Oktober über eine massive Hetzkampagne von Rechts gegen den Journalisten und Rechtsextremismusexperten Anton Maegerle. Maegerle, der „blick nach rechts“-Leserschaft als langjähriger Mitarbeiter bestens bekannt, steht seit Wochen im Visier von rechten bis rechtsextremen Blättern wie „Junge Freiheit“, „Frieden 2000. Nachrichten für die Deutschland-Bewegung“, „Das Ostpreußenblatt“, „Transparenz der Medien“, „DESG-inform“, „Zeit-Fragen“, „Deutschland Brief“, des weiteren ist auch der neonazistische „Thule“-Mailbox-Verbund mit von der Partie. Der Feldzug der ultrarechten Medien begann beinahe zeitgleich und war offensichtlich gesteuert.

Mit federführend bei dieser Aktion waren auf jeden Fall ein Bonner Professor und ein „Friedensforscher“.

Ersterer war bis zu seiner Emeritierung am 1. August als ordentlicher Professor für Politikwissenschaft an der Bonner Universität (stellvertretender Institutsdirektor) beschäftigt: Hans-Helmuth Knütter (1934 in Stralsund geboren).

Knütter, der 1950 als „politischer Flüchtling“ die DDR verließ (Interview mit der JF, 12/96), ist im Grauzonengeflecht zwischen Rechtskonservatismus und Rechtsextremismus aktiv. Wir finden ihn als Unterzeichner der neurechten Appelle und Aufrufe „Berliner Apell“, „8. Mai“, als Referent bei der rechten Psychosekte „Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis“ (VPM), bei der geschichtsrevisionistischen „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI), beim deutschnationalen „Studienzentrum Weikersheim“, bei der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, beim Bundeskongreß „Junge Generation“ des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV), als Interviewpartner von „Europa vorn“ und der „Jungen Freiheit“ (6/94), „Wenn man an einem Antifaschisten kratzt, kommt ein Sozialdienst marxistischer Prägung hervor.“. Des weiteren ist Knütter Autor in der „Jungen Freiheit“ (16/95, „Der antitotalitäre Grundkonsens, auf dem die westliche Nachkriegsentwicklung beruhte, ist im Laufe des letzten Jahrzehnts zunehmend von einem einseitigen Antifaschismus gefährdet. Diese Gefahr zu bannen ist

lebenswichtig.“) und im „Ostpreußenblatt“, sowie Verfasser des bei rechtsextremen Kreisen („Aula“, „Eckartbote“, „Deutsche National-Zeitung“, „Scharnhorst-Buchkameradschaft“, „Fakten“) hochgelobten Machwerkes „Die Faschismus-Keule - das letzte Aufgebot der deutschen Linken“.

Knüters letzter großer Auftritt vor stramm nationalem Publikum fand am 3. Oktober d. J. auf dem Kyffhäuser in Thüringen statt. Dort trafen sich zum zweiten Mal seit 1995 Parteien und Organisationen, die politisch zwischen den Unionsparteien und traditionellen rechtsextremen Parteien wie der NPD, DVU und REPs angesiedelt sind, um ihre Vernetzung voranzutreiben. „Das Ostpreußenblatt“, dessen Autorenkreis und Themenfeder eng mit den Blättern „Junge Freiheit“ und „Criticon“ verwoben ist, glaubt gar zu wissen, daß eine Listenverbindung zur Bundestagswahl zwischen den am Kyffhäuser vertretenen Parteien „Deutsche Soziale Union“ (DSU), „Deutsche Partei“ (DP) und „Bund Freier Bürger“ (BFB) „nicht mehr ausgeschlossen“ (OP 41/96) werden kann.

„Ideologischer Brandstifter“

Bemerkenswert ist, daß Knütter, bis 1990 Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der „Bundeszentrale für politische Bildung“, auch in der Wochenzeitung „Das Parlament“ und in der Reihe „Texte zur Inneren Sicherheit“, die beide der Aufsicht des Bundesministeriums des Innern (BMI) unterliegen, sich über Jahre hinweg zum Bereich „Antifaschismus“ äußern durfte; so z.B. in seinem Beitrag „Die Linke und der Rechtsextremismus“ im BMI-Themenheft „Verfassungsschutz - Rechtsentwicklung - Bekämpfung des Extremismus“ (Bonn 1992). In diesem Beitrag gelangt Knütter zur Erkenntnis, daß die Bedeutung des Rechtsextremismus „nur in den Vorstellungen seiner Gegner zu liegen“ scheine, „die sich aber des rechtsextremen Schreckbildes oft nur bis zur Ablenkung bedienen.“ Knütter stellte daher fest, daß der Rechtsextremismus „machtlos“ sei.

Wesentlich gefährlicher ist laut Knütter dagegen der „Antifaschismus“: „Der Antifaschismus hat sich als ein Instrument der Kommunisten und ihres Umfeldes erwiesen, die Bundesrepublik politisch und moralisch zu entlegitimieren.“ (Knütter: „CDU/CSU und Antifaschismus. Eine Partei in Verlegenheit“; in: „Criticon“, Nr. 107).

Allerorten wittert Knütter „Antifaschismus“ - so auch in einem seiner zahlreichen Beiträge in der „Jungen Freiheit“ („Der 8. Mai - ein sperriger

Gedenktag“, 16/95): „Seit den Gedenk- und Triumphfeiern anlässlich des 40. Jahrestages der Landung der alliierten Streitkräfte in der Bretagne prasselte ein ununterbrochener Strom antifaschistischer Bewältigungspropaganda auf die Bürger der Bundesrepublik ein.“ Besonders wird von Knütter beklagt, daß der Union durch „antifaschistische Angriffe“ eine „tiefergehende Diskussion über die sozio-ökonomischen und strukturellen Wurzeln des Nationalsozialismus und seine Bewältigung“ aufgezwungen wurde, „die sie so nicht führen wollte und konnte“ („Criticon“, a.a.O.).

In einem „Europa vorn“-Interview (13/91) bezeichnete Knütter die militärische Befreiung vom Nationalsozialismus als „Niederlage“. Während er bei den „Grünen“ „mindestens partiell den Vorwurf des Extremismus gerechtfertigt“ sieht, gehörten die „Republikaner“ nach seiner Auffassung nicht in den „Bereich des Extremismus“.

„Aufklärung über Linksextremismus“

Folgenlos blieb für Knütter bis zu seiner Emeritierung das Wirken des „Ost-West-Arbeitskreises“ (von 1986 bis zur Auflösung etwa im November 1991), der von der Uni Bonn im Rahmen des Studium Universale unterstützt wurde. Der studentische Zirkel, Knütter war Initiator bei dessen Wiederbelebung und Koordinator (so die offizielle Funktion im Vorlesungsverzeichnis), hatte unter anderem einen neonationalsozialistischen Liederabend mit Frank Rennicke („Wiking-Jugend“) und Vorträge mit Rechtsextremisten (u.a. mit dem britischen Holocaustleugner David Irving) in der Bonner Universität organisiert, bevor er stillgelegt wurde. In dem „Arbeitskreis“ tummelten sich Mitglieder der „Initiative Gesamtdeutschland“ und des „Jugendbundes „Sturmvogel“, einer Abspaltung der „Wiking-Jugend“. Verantwortlicher des Arbeitskreises war Andreas Jahrow von der rechtsextremistischen „Europa-Burschenschaft Arminia Zürich zu Heidelberg“, deren Mitglieder alljährlich auch beim europäischen Neonazi-Treffen am Rande der Ijzerbedevaart im belgischen Diksmuide aufmarschieren. Im Kontext mit Knüters Wiederbelebung des „Ost-West-Arbeitskreises“ stellte das Amtsgericht Bonn in einem Urteil (2. Juli 1996) fest, daß dieser im Zusammenhang mit seiner Habilschrift („die Vernichtung der Juden sei unter anderem auf deren mangelnde Organisation

zurückzuführen“) als „ideologischer Brandstifter“ bezeichnet werden darf.

Der „Deutsche Ostdienst“ (DOD 1/96), herausgegeben vom „Bundesverband der Vertriebenen“ (BdV) berichtete über eine Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem damaligen „Knütter-eigenen“ Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn, die Ende 1995 im Bildungszentrum Schloß Eichholz zum Thema „Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland“ abgehalten wurde (im Dezember 1994 gründete sich in Eichholz auf Initiative von Knütter der „Arbeitskreis Linksextremismus“). Die Leitung der Tagung hatte Knütter inne. Als Teilnehmer waren auch die neurechten Strategen Rainer Zitelmann (Berlin) und Klaus Rainer Röhl (Köln) angereist. Nach Angaben der „Jungen Freiheit“ (49/95) kamen die Seminarteilnehmer „darin überein, die öffentliche Aufklärung über den Linksextremismus zu verstärken. Konkrete Projekte, z.B. die Einrichtung eines Pressedienstes Blick nach links, wurden angesprochen und sollen in nächster Zeit verwirklicht werden.“ Als Koordinator wurde Knütter, der mit ausgewählten Personen dazu einen Arbeitskreis bildete, bestimmt. Gesteuert und organisiert wurde dieser Arbeitskreis dann von Knüters Büro an der Universität aus. Mit Briefkopf der Universität Bonn forderte beispielsweise Burkhard Rinkens, ein Mitarbeiter Knüters, die VPM-nahe Zeitschrift „Zeit-Fragen“ auf, sich an der Kampagne gegen den Journalisten Maegerle zu beteiligen.

Ähnliches war dann auch im „Deutschland-Brief“ (Herausgeber: Manfred Brunner, BFB-Bundesvorsitzender), den „Argumenten & Fakten für Freie Bürger“ zu lesen.

Beteiligt an der Kampagne gegen Maegerle war im übrigen ebenfalls Knüters Examenskandidat vom Sommersemester 1995, Arnd Klein-Zirbes, der Knütter auch für die JF interviewte (12/96).

Hand in Hand arbeitet Knütter („Ich bin froh, daß ich eine Verfassung in dem gegenwärtigen geistig moralischen Zustand nicht zu schützen habe.“) mit dem Gaddafi-Freund, Oberstleutnant a.D. Alfred Mechtersheimer (Knütter: „Ich arbeite mit ihm zusammen, weil er zu den ganz wenigen gehört, die nicht nur schwätzen, sondern auch handeln. ... Mit geringstem Personalaufwand erzielt er ein Maximum an Effekt.“). Mechtersheimer ist der ideologische Kopf der „Deutschland-Bewegung“, die das stramm rechte Lager unter einem Dach

einen möchte; als publizistische Sprachrohre werden dazu die Periodika „Pressespiegel Innerer Frieden 2000“ und die „Nachrichten für die Deutschland-Bewegung“ genutzt.

„Antifa zur Rechenschaft ziehen“

Mechtersheimer, einst RCDS-Mitglied und Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung, (Knütter: „Die CDU und verwandte Organisationen sind, von Ausnahmen abgesehen, ein Verein von Schnarchsäcken. ... RCDS und Junge Union, Jungkarrieristen, Profilneurotiker, die bedacht auf Political Correctness und das eigene Vorkommen sind.“), zeitweilig Dozent an der Bundeswehrhochschule in München, 1981 erfolgte sein Ausschluß aus der CSU, von 1987-1990 parteiloses Mitglied des Deutschen Bundestages in der Fraktion der Grünen, ist seit 1990 Sprecher des Friedenskomitees 2000, des weiteren Co-Autor des neurechten Sammelbandes „Die selbstbewußte Nation“ (Propyläen, 1994) sowie Festredner bei der Veranstaltung am Kyffhäuser vom 3. Oktober 1995.

Als Referent war Mechtersheimer, dessen politische Auffassung auch in der „Deutschen National-Zeitung (29/95) Bewunderung findet („Von links zur Nation. Dr. Mechtersheimer hat Bewußtsein erlangt“) bisher u.a. bei Leserkreisen der „Jungen Freiheit“ und „Criticon“ sowie bei den „Unabhängigen Ökologen“, dem „Deutschen Seminar“, dem „Bund Freier Bürger“ sowie dem Berliner Gesprächskreis zugegen.

In einem Interview mit dem „Ostpreußenblatt“ (24/95) forderte Mechtersheimer einen Schlußstrich mit der Vergangenheit: „Die Debatte über den 8. Mai läßt befürchten, daß die Selbstanklage wegen der NS-Verbrechen mit größerem zeitlichen Abstand weiter zunehmen wird. Das >tausend-jährige Reich< wurde zwölf Jahre alt; aber mit Auschwitz wird wohl noch in tausend Jahren von innen und von außen Politik gegen Deutschland gemacht werden.“ Der UNO wirft Mechtersheimer vor, daß diese als „Herrschaftsinstrument der Siegermächte von 1945“ gegen Deutschland mißbraucht werde.

Daß Mechtersheimer auch zu Taten bereit ist, offenbarte er im Interview mit der „Jungen Freiheit“ (44/96): „Man kann nicht im Sofa die Welt verändern. Deswegen muß man offensiv vorgehen. Wir müssen die Antifa-Agitatoren für ihre totalitären Aktivitäten zur Rechenschaft ziehen.“

Bewährung für „Steiner“

Zum zweiten Mal mußte sich jetzt Thomas Wulff, in der rechten Szene „Steiner“ genannt, in seiner Heimatstadt Hamburg vor Gericht verantworten. Angeklagt war der jetzige Landesvorsitzende der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener. Bis zum Organisationsverbot im Februar 1995 zeichnete der 33jährige verantwortlich für das Periodikum „Index“ von der neonazistischen „Nationalen Liste“, deren Vorsitzender er auch war. In der bundesweit vertriebenen Schrift erschien zum 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz ein Artikel, in dem von einer „angeblichen Massenvernichtung“ die Rede ist. Wulff - so schenkte das Landgericht ihm auch Glauben - war zwar nicht der Autor des Textes, doch er war immerhin presserechtlich verantwortlich. Das Amtsgericht hatte ihn in erster Instanz zu einem halben Jahr Haft verurteilt. Dagegen legten Wulff und sein Rechtsanwalt sowie Gesinnungskamerad Jürgen Rieger Berufung ein. Das Landgericht milderte das Strafmaß jetzt zu einer Bewährungsstrafe von vier Jahren ab.

Zum Prozeß erschien Wulff, der bundesweit Neonazi-Verbindungen hat und pflegt, mit 20 Gesinnungskameraden. Seit mehreren Jahren ist „Steiner“ auch federführend in die Organisation der Rudolf-Hess-Gedenkmärsche eingebunden. Der jetzt arbeitslose Fluggerätebauer hat im übrigen bereits häufiger Bekanntschaft mit der Strafjustiz gemacht: Zu seinem Vorstrafenregister gehören mehrere Verurteilungen zu Geldstrafen. Bis heute vertritt Wulff die von der Hamburger Innenbehörde verbotene NL vor dem Oberverwaltungsgericht, mit dem Ziel, eine Aufhebung des Verbots zu erreichen.

Der Argumentation von Wulff, den Holocaust nicht zu leugnen, sondern lediglich mit Gedankenanstößen in Frage zu stellen, schloß sich Verteidiger Rieger in seinem eineinhalbstündigen Plädoyer an. Er beantragte unter anderem ein semantisches Gutachten sowie „Zeugenaussagen“ über das Leben in Auschwitz mit Theater, Sauna und anderen Annehmlichkeiten. Beiden Anträgen wurde nicht stattgegeben. Weiter ließ sich Rieger darüber aus, daß Zyklon B in den Gaskammern wissenschaftlich nicht habe nachgewiesen werden können, ja auf Luftbildern seien entsprechende Gebäude und Vorrichtungen gar nicht zu erkennen.

Gute Geschäfte mit Oi-Musik

Das britische antifaschistische Magazin „Searchlight“ enthüllt in seiner Oktober-Ausgabe die Zusammenhänge der internationalen Neonazi-Musikszene. Entlarvt werden die führenden Köpfe, die Bands, die Plattenfirmen und die Vertriebsnetzwerke sowie internationale Verbindungen. „Searchlight“ zeigt auch auf, wie führende europäische Plattenkonzerne (z.B. Nimbus Manufacturing, GB) überrumpelt werden, damit sie neonazistische CDs aufnehmen und pressen. Ausführlich eingegangen wird auf die 1995 gegründeten „British Hammerskins“, die das Monopol des „Blood & Honour“-Netzwerkes - (Blut & Ehre) - für Nazi-Musik aufbrechen wollen.

Besonders ausführlich ist der Überblick über die rechtsextremistische Musikszene in der Bundesrepublik. Demnach können deutsche Neonazi-Label mehr als 100 Tonträger jährlich produzieren. Dabei dürften die erzielten Umsätze die Millionengrenze überschreiten. Gezählt werden von „Searchlight“ ca. 50 Naziskin-Bands, die teilweise seit über zehn Jahren bestehen. Allen voran ist hier „Endstufe“ zu nennen. Sie sollen seit ihrer Gründung vor 12 Jahren über 100.000 Platten verkauft haben und stehen inzwischen den Hammerskins nahe. Ähnlich erfolgreich ist auch Kai Stüwe, Leiter einer norddeutschen Hammerskin-Sektion. Er habe sich, so „Searchlight“, in den vergangenen zwei Jahren zum Shooting-Stor der braunen Musiker entwickelt. Neben der Band „Freikorps“ unterhält er mit „Asgard“ und den „Holsteiner Jungs“ zwei weitere Musikprojekte. Die Anzahl der Fanzines beziffert „Searchlight“ mit ungefähr 30. Die Fanzines tragen entscheidend zu dem Zusammenhalt der Szene bei, da sie über die neuesten Vorgänge informieren und erscheinen in Auflagen zwischen 100 bis 10.000 Exemplaren.

Laut „Searchlight“ spielen die Hammerskins für die deutsche Szene insgesamt eine zunehmend bedeutendere Rolle. Die Hammerskins sollen über einen festen Kaderstamm von mehr als 200 Mitgliedern verfügen. Ihre Rundschreiben werden nur an Mitglieder der Organisation oder über persönliche Kontakte vertrieben. In ihren Reihen sind auffällig viele Mitglieder der verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF), wie etwa der Leiter der Brandenburgischen Sektion Patric Curths. Er stand in der Mitgliederliste der NF unter dem Kürzel „88“, das als Code für deren Terrorstruktur geführt wurde. Letztendlich setzt sich in Form der Hammer-

skins der Trend der deutschen NS-Szene, sich in autonomen Kaderzellen zu organisieren, bei den Boneheads fort. Konzepte des „führerlosen Widerstands“ finden hierbei ebenfalls Eingang. Nordland/Resistance hat für diese Szene eine Art Vorbildfunktion, was sich in zahlreichen Besuchen deutscher Boneheads in Schweden ausdrückt.

Searchlight Magazine Ltd, 37B New Cavendish Street, GB - London W1M 8JR

Rosl Baumann

Nazi-Größe verstorben

Das wird ja wohl das Ende sein...

Mit dem 83jährigen Arthur Axmann, dem letzten Reichsjugendführer der Nazis, ist am 4.11. in Berlin der wohl letzte hochrangige Naziführer verstorben. Unter Axmanns Ägide wurden in der Endphase des Krieges die ihm unterstehenden Hitlerjungen sinnlos im Volkssturm verheizt. Nach Kriegsende betätigte er sich als einer der Führer einer Untergrundorganisation, die hauptsächlich aus ehemaligen HJ-Führern bestand und als Kriegsverbrecher gesuchten NS-Führern zu Flucht verhelf. Die Gruppe wurde am 31. März 1946 ausgehoben, Axmann interniert. 1949 wurde er zu drei Jahren Arbeitslager verurteilt, aber umgehend freigelassen, da ihm die Untersuchungshaft angerechnet wurde. Für Axmann war dies keineswegs eine Lehre. Obwohl ihm durch die Entnazifizierungskammer jegliche politische Aktivität verboten worden war, gehörte er bald zum inneren Kreis der Bruderschaft, einer NS-Geheimorganisation, pflegte er Kontakte zu dem ehemaligen Goebbels-Stellvertreter Werner Naumann und dessen Kreis und gehörte zum sogenannten Herrenklub des ehemaligen Reichsstudentenführers und Gauleiters von Salzburg Dr. Gustav Adolf Scheel. Nachdem sich die verschiedenen konspirativen Umsturzpläne aus diesen Kreisen als Fehlschläge erwiesen hatten, verschwand Axmann für lange Jahre aus der Öffentlichkeit. Erst im vergangenen Jahr machte er durch seine Memoiren im nationalrevolutionären Verlag Siegfried Bublies von sich reden, die in der gesamten rechtsextremen Presse enthusiastisch gefeiert wurden. Titel des Bandes: „Das kann doch nicht das Ende sein“. Er wollte die politischen Realitäten eben nicht als endgültig wahrhaben. Nun ist er seinen Führern nachgefolgt. Das wird ja wohl das Ende sein.

Andreas P. Zaleshoff

Rechtsextreme bleiben Thema

Düsseldorf - Der nordrhein-westfälischen Innenminister Franz-Josef Kniola sieht keinen Grund, die rechtsextremen „Republikaner“ zu verharmlosen. „Seit dem Wiedereinzug in den baden-württembergischen Landtag sehen sich die REP im Aufwind“, betonte Kniola bei der Vorstellung des aktuellen Zwischenberichts des NRW-Verfassungsschutzes für 1996 am 30. Oktober in Düsseldorf. Die Mitgliederverluste der Partei hätten gestoppt werden können, ihre desolate finanzielle Situation habe sich aufgrund der staatlichen Parteienfinanzierung wieder verbessert. Bei ihren Äußerungen in Publikationen und Propagandamaterial seien die REP zwar zurückhaltender geworden, als Zielscheibe ihrer Agitation dienten jedoch nach wie vor Ausländer. Diese würden direkt oder indirekt pauschal für gesellschaftliche Mißstände verantwortlich gemacht. Der NRW-Bericht zitiert dazu die Aussage eines stellvertretenden Landesvorsitzenden vom Frühjahr 1996 in einem Rundschreiben: „Wer immer auch eines der Probleme unseres Landes lösen will, muß sich der Ausländer-/Einwanderungspolitik widmen. Wer die sich aus der Masseneinwanderung ergebenden Probleme verniedlicht, betreibt bewußte Umvolkung!“ Noch deutlicher zeigte ein anderer REP-Funktionär ebenfalls im Frühjahr, was er von dem heute parteioffiziellen Bekenntnis zum Grundgesetz hält: „... Am Tag X werden gewisse Gruppen und Personen, die sich zu Unrecht an den Fleischtöpfen der Nation gemästet und unser Land verraten, zur Verantwortung genommen, Hochverräter werden sofort unschädlich gemacht.“ Für NRW-Innenminister Kniola ist denn auch die Abgrenzung der REP von anderen Rechtsextremisten, wie sie der REP-Bundesvorstand und ebenfalls der NRW-Landesvorstand verkündet, lediglich eine „taktisch begründete Fassade“.

Die NPD hingegen setzt auf Bündnisfähigkeit im rechtsextremistischen und im neonazistischen Lager. Mit der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ sowie versprengten REPlern und DVUlern soll mit dem „Förderkreis Bündnis Deutschland/Runde Tische NRW“ (FDKB) eine gemeinsame Wahlpartei für die nächste Bundestagswahl geschaffen werden. Auf einer Veranstaltung des mittlerweile von der NPD dominierten FDKB war im Juni d.J. auch der Nationalneutralist Alfred Meckersheimer als Redner zugegen. Die NPD-Jugendorganisation JN wiederum dient mittlerweile

als Auffangbecken für Neonazis und arbeitet verstärkt mit diesen zusammen, wie sich nicht zuletzt durch gemeinsame Aktivitäten bei der Vorbereitung und Durchführung der „Rudolf-Hess-Gedenkveranstaltungen“ belegen läßt. Seit Anfang des Jahres setzten JN und Neonazis auch zunehmend auf die Nutzung des Internets zur Verbreitung ihrer Propaganda. Eine Vielzahl von Verknüpfungen zwischen den Internetangeboten von NPD, JN, Thule-Netz, Nationalen Infotelefonen, Buchdiensten und anderen Anbietern zeige deutlich eine neue Qualität von vernetzter Propaganda. Der neonazistischen Szene ist es mit dem in fünf Regionalausgaben erscheinenden Projekt „Berlin-Brandenburger-Zeitung“ (BBZ) nach Einschätzung des Verfassungsschutzes gelungen, ein Forum für „überörtliche Zusammenarbeit“ zu schaffen; die Neonazis würden hierbei insbesondere auch soziale Themen für ihre Agitation aufgreifen.

Nach wie vor steht ebenso die „Junge Freiheit“ im Visier der NRW-Verfassungsschützer, vorliegende Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen hätten sich im laufenden Jahr bestätigt. Die von der JF initiierte Kampagne gegen die angeblich vorherrschende „Political Correctness“ (PC) werde hauptsächlich zur Verharmlosung von NS-Verbrechen eingesetzt. Auch halte die JF an den „Ideen der antidemokratischen >Konservativen Revolution< fest, die nach heutigen Maßstäben rechtsextremistisch“ seien.

HINWEIS

Bonn - Im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn wird vom 14. November bis 26. Januar 1997 die Ausstellung „1936 - Die Olympischen Spiele und der Nationalismus“ gezeigt. Es handelt sich dabei um die Präsentation der Berliner Stiftung Topographie des Terrors, der Filme, Dokumente und Fotos aus mehr als 150 deutschen und ausländischen Archiven zur Verfügung gestellt wurden. Nach Angaben der Veranstalters gehören zu den Raritäten dieser Ausstellung auch die „Olympische Hymne“ in der Originalhandschrift des 1949 verstorbenen Richard Strauss sowie das Gastgeschenk der französischen Mannschaft. Viele Teilnehmer der Olympiade vor sechzig Jahren, erst als Sportstars gefeiert, wurden wenig später Opfer des Nazi-Terrors, starben in Konzentrationslagern oder im Krieg. In einer Filmreihe werden auch die Propagandastreifen von Leni Riefenstahl gezeigt.

Streitkultur und Gewalt

- * Nicht die Zahl der Ausländer in einem Land oder der Asylbewerber scheint den Verlauf von fremdenfeindlicher Gewalt in Europa entscheidend beeinflusst zu haben, sondern die Art und Weise, wie über die hiermit verbundenen Probleme diskutiert wird.
- * Rechtsextreme Gewalt hat sich dort am wenigsten manifestiert, wo es rechtsradikalen Parteien gelungen ist, die Probleme der Anwesenheit bzw. Zuwanderung von Ausländern zu kanalisieren.

Dies sind zwei entscheidende Ergebnisse einer vom Wissenschaftszentrum Berlin vorgelegten vergleichenden Untersuchung von Ruud Kopmans (von Armin Pfahl-Traugher in BNR Nr. 21/96, S.8) vorgestellt). Zur Illustration der ersten Aussage hat BNR die der Untersuchung beigelegte Grafik aufbereitet, die das Ergebnis einer Zeitreihenuntersuchung zum Verhältnis der Asyldebatte zur rechtsextremen Gewalt gegen Ausländer doku-

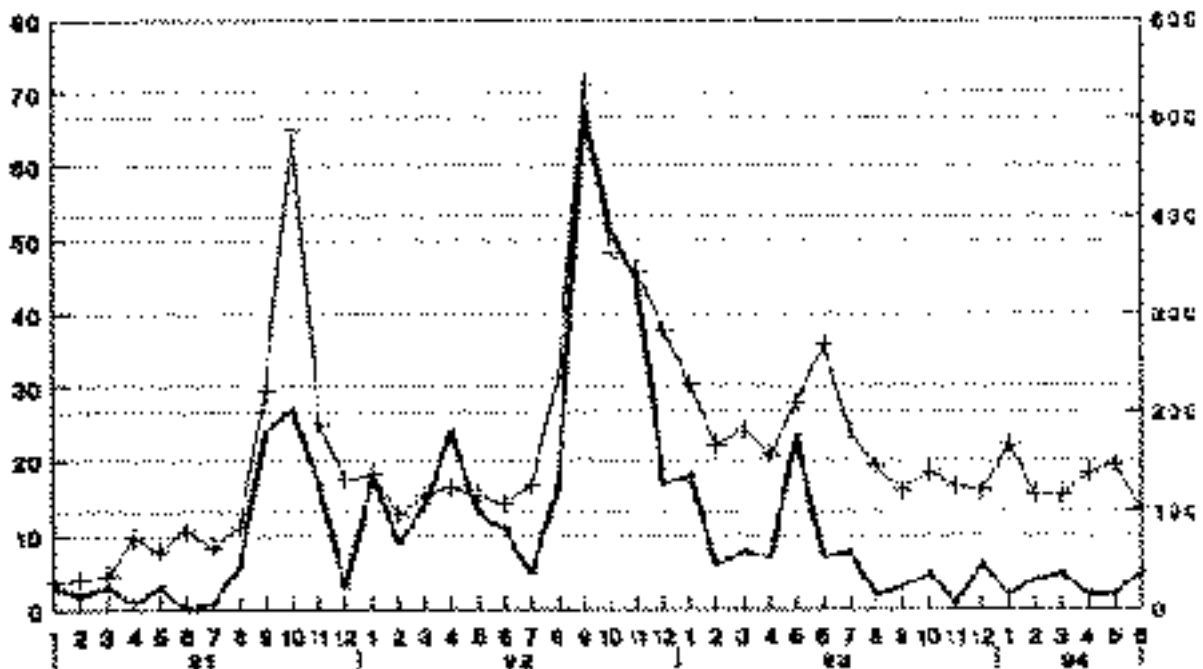
mentiert. Die Grafik gibt (nach Angaben des Bundesamts für Verfassungsschutz) die monatlich zwischen Januar 1991 und Juni 1994 gezählten Gewaltakte von Rechtsextremisten wieder und stellt sie den Beiträgen in der tageszeitung (taz) zum Thema „Asyl“ gegenüber. Unter Vorbehalt lassen sich hieraus eigene Beobachtungen bestätigen, daß Rechtsextremisten umso eher zu Gewaltaktionen gegen Ausländer animiert wurden, je heftiger in der Öffentlichkeit über deren Anwesenheit in Deutschland gestritten wurde.

Zur zweiten Aussage wird auf die in BNR Nr. 12+16/95 gegebene Darstellung über antisemitischen Straftaten in den deutschen Bundesländern verwiesen. Auch hieraus ließ sich ablesen, daß beispielsweise in Bundesländern mit verhältnismäßig niedrigerem Zuspruch zu rechtsextremistischen Parteien die Zahl der Straftaten je Einwohner deutlich höher war als etwa in Bayern, wo die „Republikaner“ überdurchschnittlich erfolgreich waren. Daß die Aussage hingegen gleichwohl nicht verallgemeinert werden darf, zeigt sich am Beispiel Schweiz (hohe Straftatenhäufigkeit trotz erfolgreicher Rechtsparteien).

Intensität der Asyldebatte und rechtsextreme Gewalt in Deutschland

Zahl der Beiträge zur Asyldebatte

Zahl der rechtsextremen Gewalttaten



→ Asyldebatte + Rechtsextreme Gewalt (o) VZB/BNR/Floren

Alain de Benoist über geistliche
Autorität und weltliche Macht:

„Das innere Reich“

Ab einem bestimmten Alter beginnen zahlreiche Schriftsteller und Wissenschaftler, ihre frühere Produktion nur noch zu recyceln. Auch Alain de Benoist, nunmehr jenseits des 50. Lebensjahres, bildet dabei keine Ausnahme. Innerhalb eines Jahres warf der Kopf der Nouvelle Droite gleich drei Buchveröffentlichungen auf den Markt, die Bekanntes aufbereiten. Die erste, „Le Grain de sable. Jalons pour une fin de siècle“ („Das Sandkorn. Wegweiser für eine Jahrhundertwende“), versammelt die unter dem Pseudonym Robert de Herte verfaßten Einführungen Benoists in das jeweilige Heftthema der „Eléments“ aus den Jahren 1973 - 94. Der zweite Band, „La Ligne de mire. Discours aux citoyens européens“ („Die Ziellinie. Reden an die europäischen Bürger“), gibt einige der Reden wieder, die Benoist in den Jahren 1972 - 87 bei den nationalen Kolloquien des GRECE gehalten hat. Beide Bücher gestatten einen anschaulichen Einblick in die Tatsache, daß die Ideologie der Nouvelle Droite nicht für die Ewigkeit festgeschrieben ist, sondern daß es sich vielmehr um ein work in progress handelt. So zeigt sich zwischen den Editorials der Ausgaben 21/22 aus den Jahren 1977 und 79 und 1994, die beide die Ökologie als Schwerpunkt hatten, ein deutlicher ideologischer Unterschied, der bis zu gegensätzlichen Aussagen reicht.

Im Gegensatz zu diesen beiden Büchern, die eher bei Fachleuten und aus historischen Gründen Aufmerksamkeit finden dürften und weil sie Texte wieder zugänglich machen, die lange nicht greifbar waren, ist das letzterschienene Buch „L'Empire intérieur“ („Das innere Reich“) auch von aktuellem Interesse. In ihm finden sich drei jeweils leicht bearbeitete längere Texte, die ebenfalls bereits an anderer Stelle veröffentlicht worden sind. So der im Zentrum des Bandes stehende Aufsatz „Autorité spirituelle et pouvoir temporel“ („Geistliche Autorität und weltliche Herrschaft“) 1989 in Benoists persönlichen Vorzeigebblatt „Krisis“. Der letzte Beitrag „Le Mythe de l'Empire“ („Der Reichsmythos“) ist eine bearbeitete Fassung eines Vortrags beim nationalen Kolloquium des GRECE im Jahr 1991. Die Zusammenstellung dieser beiden mit dem einleitenden Aufsatz „L'Empire du

mythe“ („Das Reich des Mythos“) macht Sinn und ergibt ein einheitliches Ganzes.

Die Auseinandersetzung um die Form einer zukünftigen europäischen Einigung nimmt bei der Nouvelle Droite, deren prägendes Thema stets die Ablösung des herkömmlichen Staatsnationalismus durch eine Europaorientierung gewesen ist, selbstverständlich einen zentralen Platz ein. Jenseits aller wirtschafts- und finanzpolitischen Bedenken, die von der alten Rechten, den Wirtschaftsliberalen und Teilen der Konservativen gegen die Verträge von Maastricht vorgebracht werden, geht es Benoist um grundsätzlichere Dinge. Die Bedenken der oben genannten Gruppen zeugen für ihn lediglich von Krämergeist, sind bestenfalls sekundärer Art. Schließlich ist er selbsternannter Philosoph. Da kümmert man sich um grundsätzlichere Dinge. Um die geistigen Grundlagen Europas zum Beispiel. Speziell um das Verhältnis von Religion und Politik. In der Europafrage gilt für die Nouvelle Droite wie überall, daß Politik nur im Zusammenhang mit Religion gedacht werden kann. Benoist und seine Jünger halten es in dieser Frage durchaus mit Proudhon, der 1849 in seinen „Bekenntnissen eines Revolutionärs“ geschrieben hatte: „Es ist überraschend, daß wir am Grund unserer Politik immer die Theologie finden.“

Kopf der faschistischen Strömung

Benoist wäre nicht Benoist, wenn er nicht seine Variationen zu den Themenbereichen Religion, Mythos, Reich und Nation aus einem umfangreichen Parforce-Ritt durch deren Geschichte herleiten würde. So weiß er u.a. zu berichten, daß das Wort Nation ursprünglich einen rein religiösen Sinn gehabt habe und im Römischen Reich des 2. Jahrhunderts die Andersgläubigen, speziell die Heiden, gekennzeichnet habe. Natürlich weiß auch Benoist, daß der Nationalstaat ein Produkt der Moderne ist. Und natürlich weiß er auch, daß mit dem Nationalstaat kein Staat mehr zu machen ist. Schließlich erlebte er seine politische Sozialisation zur Zeit des Algerienkrieges, dessen Verlauf und Ergebnis ihm deutlich vor Augen führten, daß keine europäische Nation allein heute noch eine Weltmachtrolle spielen kann. Der GRECE und dessen Europaorientierung waren Resultate dieser Erkenntnis. Immer wieder betont die Nouvelle Droite, daß die globalen Probleme nicht mit nationalen Mitteln gelöst werden könnten.

Der Gegenentwurf des Vordenkers der Nouvelle Droite, den er in diesem Band propagiert, hat seine Grundlage im Reichsgedanken, im Imperium. Im Gegensatz zum Nationalstaat, der durch Ausschlüsse geprägt ist, lebt er durch die Vielgestaltigkeit, die Koexistenz unterschiedlicher Gruppen, Kulturen und Religionen. Einigendes Band ist jeweils eine Idee. Auch diese Vorstellung führt er natürlich zurück auf ihre religiösen Ursprünge. So sei das Römische Reich zwar ein gemeinsamer Herrschaftsraum gewesen, der aber durchaus Platz für regionale und lokale Eigenheiten gelassen habe. Die dazugehörenden Städte hätten ihre eigenen Herrschaftsformen und vor allem ihre eigene Religion gehabt. Erst das Christentum mit seinem Universalitätsanspruch habe diese Vielfalt zerstört, die Vorstellung der Gleichheit der Menschen vor Gott habe zur Gleichschaltung der Kulturen geführt. Auf diese Weise wird das Christentum zur ersten Form des Totalitarismus. Das Reich dagegen bietet für Benoist den Vorteil des den Erfordernissen der Zeit angemessenen großen Herrschafts- und Wirtschaftsbereichs bei gleichzeitiger Möglichkeit zur regionalen Vielgestaltigkeit in einem „Europa der hundert Fahnen“, wie es der bretonische Autonomist Yann Fouéré einmal genannt hat.

Das zweite historische Beispiel ist natürlich das Heilige Römische Reich Deutscher Nation. Die Ablehnung des Nationalstaatskonzepts in Verbindung mit der Orientierung auf das Reich als Ordnungsmodell verdeutlicht, daß es sich um eine anti-moderne Vision handelt. So ist es durchaus logisch, daß der zweite Teil des Bandes zentrale Momente des Denkens der antimodernen Intellektuellen schlechthin, der Protagonisten des „integralen Traditionalismus“ Julius Evola, René Guénon und Ananda K. Coomaraswamy beleuchtet. Der positive Bezug auf diese drei verdeutlicht, daß die Nouvelle Droite zwar ihren Paganismus beibehalten, diesen aber im Laufe der Jahre erheblich modifiziert hat. Stand er in den Anfangsjahren des GRECE stets in Verbindung mit dem biologischen Rassismus, so ist er mit der Wendung zum kulturalistischen Differentialismus um außereuropäische Quellen erweitert worden. Der Anglo-Inder Coomaraswamy greift auf die spirituellen Quellen seiner Heimat zurück, Julius Evola praktizierte Magie und rezipierte auch fernöstliche Lehren, René Guénon schließlich konvertierte nach einer Irrfahrt durch verschiedene okkulte Gruppen zum Islam und wurde zum Sufi. Das frühe Neuheidentum des GRECE ist durch den Rückgriff auf diese und wei-

tere Quellen zu einem anti-egalitären Universalismus erweitert worden.

Im Gegensatz zum völkischen Nationalismus der deutschen Autoren, die in der Literatur oftmals als Vertreter der „Neuen“ Rechten gehandelt werden, läßt sich am Beispiel dieses Bandes von Benoist demonstrieren, daß die Nouvelle Droite tatsächlich eine Modernisierungsarbeit rechtsextremer Ideologie geleistet hat. Sie hat sich dabei keineswegs vom Rechtsextremismus wegentwickelt oder ist zu einem „Scharnier zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus“ (Gessenharter) geworden, sondern erfüllt nach wie vor alle Merkmale des Kriterienkatalogs, die der israelische Historiker Zeev Sternhell für faschistische Ideologie aufgestellt hat. Folgerichtig erklärte unlängst auch Armin Mohler in einem Interview auf die Frage nach einer möglichen faschistischen Strömung in Frankreich, daß Alain de Benoist deren Kopf sei.

Volkmar Wölk

(Alain de Benoist: L'Empire intérieur; Paris: Fata Morgana 1995, 174 S., 135 FF)

Infos zur Neuen Rechten

Bonn - Die zweite Ausgabe der Analysen und Informationen für die politische Bildung „Am rechten Rand“ der Friedrich-Ebert-Stiftung befaßt sich mit der Neuen Rechten. U.a. Beiträge von Horst Heimann <Die Neue Rechte auf dem Weg zur intellektuellen Hegemonie?> und Siegfried Heimann <Die „Junge Freiheit“ und die „Türöffner“ nach rechts>. Ferner ist enthalten ein Lexikon, betitelt mit <Das Horror-Alphabet der Neuen Rechten>, in dem Mitherausgeber Johannes Kandel, Leiter der Gustav-Heinemann-Stiftung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Gummersbach Schlagworte und Begriffe definiert, die zum Vokabular der intellektuellen Neuen Rechten gehören. Die Lektüre des wichtigen Aufmachers <Die Europäische Union im Zerrbild der „Neuen Rechten“> von Hermann Hegemann leidet unter zahlreichen grammatikalischen, Schreib- und Sprachfehlern (z.B. ist der englische Philosoph Herr <Hobbes> und nicht <Hobb>, bei Kant genügt für seinen Vornamen auch nach der Rechtschreibreform ein „I“). Zu beziehen bei: Friedrich-Ebert-Stiftung, Akademie der Politischen Bildung, Godesberger Allee 149, 53170 Bonn.

Selbstjustiz im „Schwarzen Drachen“

Der 20jährige Neonazi Daniel Großmann aus Adeleben (Kreis Göttingen) wurde aus der rechtsextremistischen Szene ausgeschlossen. Grund für die „Verbannung“ aus „der nationalen Szene“ und die Streichung „von allen Mitglieder- und Verteilerlisten“ ist die Unterschlagung, so der schwerwiegende Vorwurf, von rund 20.000 Mark. Anlässlich eines Skin-konzertes am 2. März dieses Jahres bei dem ehemaligen niedersächsischen FAP-Landesvorsitzenden Thorsten Heise (27) soll Großmann zusammen mit seinen beiden Schwägern Tino und Nino Muce die stattliche Summe gestohlen haben. Das bei der Großveranstaltung erwirtschaftete Geld war, so die Szene-Schrift „Der Schwarze Drache“, ursprünglich für die Unterstützung der braunen Knasthilfe „Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG) und der sogenannten Anti-Antifa bestimmt. Weiter wird in der zehnten Ausgabe von „Der Schwarze Drache“ der Ausschluß von Dirk Winkel (30) aus rechtsextremistischen Strukturen angekündigt. Das ehemalige Kasseler Mitglied der inzwischen verbotenen FAP soll Großmann verteidigt haben. Winkel, er meldete 1993 den „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ in Fulda an, „versuchte das Gerücht über Daniel Großmanns Unschuld in Umlauf zu bringen sowie Daniel Großmann wieder in der Szene zu etablieren. Herrn Dirk Winkel werfen wir Unterstützung eines Kriminellen vor!“ Das Fazit des braunen Fahndungsauftrages enthält ein klares Bekenntnis zu neonazistischem Gedankengut: „Die Ermittlungen der Anti-Antifa-Restdeutschland, der Anti-Antifa-Ostmark sowie von Combat 18 ergaben die einwandfreie Schuld von Daniel Großmann. Wer diese leugnet oder gar versucht, die Person Daniel Großmann wieder 'hoffähig' zu machen, versündigt sich an unserer Weltanschauung an Volk und Reich.“

Verantwortlicher des „Schwarzen Drachen“ ist Roman Rheinsberg aus Witze (Kreis Celle). Zu den Autoren des „privaten Mitteilungsschreiben“ zählen Karl Polacek (62), das frühere FAP-Mitglied Andreas Marhauer und Vito Gallo. Der ehemalige niedersächsische FAP-Landesvorsitzende Polacek steuerte eine dreiteilige autobiographische Serie bei. Polaceks Vater war Freiwilliger der Nazi-Wehrmacht, während seine eigene NS-Karriere beim Jungvolk vorläufig endete. 1951 war Polacek bei der Gründung des „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ) in Österreich mit von der Partie. Später schloß sich Polacek, vom BHJ enttäuscht,

der „Blauen Jugendschaft“ an. „Hier gab es keine Parteipolitik, „Kunst, Kampf, Härte und Disziplin waren die Grundlagen der Schulung.“

Unterstützung erfährt Rheinsberg bei der Erstellung des „Schwarzen Drachen“ auch von Rüdiger Kahsner aus Hagen, Mitglied der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ und Macher des „Freien Wort Südwestfalen“ bzw. der „Westdeutschen Volkszeitung“.

Sönke Braasch

HINWEIS

Deportiert aus deutschen Städten

Das Schicksal der deutschen und lettischen Juden im Ghetto Riga von 1941-1944 ist Thema einer Vortragsreise des lettischen Holocaustforschers Margers Vestermanis durch elf deutsche Städte in der Zeit vom 21. November bis 5. Dezember. Im Oktober 1941 richteten die Nazis ein Ghetto in der lettischen Hauptstadt Riga ein, wohin zunächst 32.000 lettische Juden verbracht wurden. Nach deren Ermordung wurden dann deutsche Juden in das „Reichsjudenghetto“ eingewiesen. Die Deportationszüge hatten die Nazis ab dem 20.11.1941 in fast allen großen deutschen Städten zusammengestellt und nach Riga geschickt, z.B. aus Köln, Hamburg, Frankfurt und Berlin. Insgesamt 23 solcher Transporte sind nachgewiesen worden, nur wenige der deportierten Menschen überlebten den Holocaust in Lettland. Vestermanis, der selbst von 1941-43 im Rigaer Ghetto lebte und nur durch Flucht überleben konnte, will in seiner Vortragsreihe an diese in der Öffentlichkeit wenig bekannten Tatsachen erinnern. Des weiteren wird Vestermanis, Leiter des Museums und Dokumentationszentrums „Die Juden in Lettland“, über den Stand der Holocaustforschung in Lettland berichten.

Termine: 21.11. Potsdam; 23.11. Berlin; 24.11. Rostock, 25.11. Hamburg; 26.11. Hannover; 27.11. Bochum; 28.11. Göttingen; 30.11. Frankfurt; 2.12. Fulda; 3.12. Köln und 5.12. Freiburg.

Organisation und Kontakt: Fritz Bauer Institut, Frank Männicke, Rheinstraße 29, 60325 Frankfurt, Tel. 069 / 97581161, Fax - / 97581190.

Vom Umgang mit NS-Prozessen

Vergangenheit annehmen

Es gibt nur wenige große Städte in der Bundesrepublik, in denen während der zurückliegenden 40 Jahre keine Strafverfahren wegen NS-Verbrechen geführt worden sind. Die mit Abstand meisten NS-Prozesse hatte die Justiz in Nordrhein-Westfalen zu bewältigen. Nicht deshalb, weil dort so viele Nazis lebten, sondern einfach, weil es das Bundesland mit den meisten Einwohnern ist. Nur Nordrhein-Westfalen hat deshalb noch immer zwei Zentralstellen zur Aufklärung von NS-Verbrechen: die in Dortmund für allgemeine Verbrechen, die in Köln wegen Verbrechen in Lagern. Die dritte Besonderheit liegt erst kurze Zeit zurück und verdient, besonders gewürdigt zu werden. Vor gut 20 Jahren begann vor dem Schwurgericht Düsseldorf das Strafverfahren gegen ehemalige Angehörige des Wachpersonals im Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek im Südosten Polens. Die Hauptverhandlung dauerte sechs Jahre. Am Ende gab es einmal lebenslang, zahlreiche Zeitstrafen und einige Freisprüche. Schon während der Hauptverhandlung unterschied sich der „Majdanek-Prozeß“ - so hieß und heißt er in der Öffentlichkeit - von fast allen solchen Strafverfahren. Tag für Tag war der Zuhörerraum gut besetzt, Gruppen mußten sich anmelden, um Platz zu finden. Die Medien wurden demgegenüber erst spät auf die Bedeutung dieses großen Strafverfahrens aufmerksam.

Mit dem Abschluß der Hauptverhandlung und den Urteilen ist in den meisten Fällen alles vorbei. Nicht so in Düsseldorf. In diesem Sommer hatten die örtliche „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit“ und die jüdische Gemeinde zu einem Erinnerungsabend eingeladen - mit großem öffentlichen Interesse. Zu diesem Zeitpunkt hatte eine junge Düsseldorfer Künstlerin längst damit begonnen, Portraits von wichtigen Verfahrensbeteiligten zu malen. Mirka Hauschild, Anfang 30, während der Hauptverhandlung ein Kind, war von Eberhard Fechners dreiteiliger Dokumentation „Der Prozess“ so beeindruckt, daß sie Angeklagte, Zeugen, Verteidiger, Staatsanwälte aus dem Film fotografierte und malte. Mit Hilfe der Düsseldorfer Mahn- und Gedenkstätte bekam sie Kontakt zum Präsidenten des Landgerichts, Gustav Marten, der sofort bereit war, im Majdanek-Sitzungssaal eine Podiumsdiskussion zuzulassen und Minka

Hauschilds Portraits in den langen Gang vor dem Sitzungssaal zu zeigen.

Und so trafen sich im September im Saal 111 auf dem Podium ein Nebenklagevertreter, ein Verteidiger, der Vorsitzende Richter, eine Journalistin, der Staatsanwalt, der das Verfahren auf den Weg gebracht hat, einer der Sitzungsvertreter der Staatsanwaltschaft im Hauptverfahren und die Dolmetscherin. Ein Moderator brachte sie miteinander ins direkte Gespräch und im bis auf den letzten Platz besetzten Plenum lauschten um die 200 Frauen und Männer den Erinnerungen an ein Stück deutscher Zeit- und Justizgeschichte. Während der zwei Stunden wurde deutlich, daß es sinnvoll und möglich ist, sich mit der NS-Zeit und ihren Folgen zu beschäftigen - kritisch, offen, engagiert.

Allenfalls im ersten Frankfurter Auschwitzprozeß haben sich so viele Männer und Frauen der Überlebenden angenommen, die als Zeugen gekommen waren, um dem Gericht bei der Suche nach der Wahrheit zu helfen. Einige vor 20 Jahren in Düsseldorf geknüpfte Verbindungen haben die Zeit überdauert, bestehen noch heute. Selten haben sehr wenige Verteidiger so offen faschistisch argumentiert und polemisiert wie in dem diesem Verfahren. Deshalb machte der Majdanek-Prozeß weltweit Schlagzeilen, wurde zu einem Begriff nicht nur in der Bundesrepublik. Selten hat sich ein Vorsitzender Richter so geduldig und konsequent verhalten wie Günter Bogen im Majdanek-Verfahren. Selten hat ein Vorsitzender Richter deshalb eine so gute Presse gehabt. Selten haben Staatsanwälte die Verhandlungspausen so intensiv genutzt, um mit jungen Zuhörern zu diskutieren. Das wirkt nach, wie Schüler von damals jetzt nach der Diskussion bestätigen. Selten verhält sich ein Gerichtspräsident so kooperativ, wenn es darum geht, an NS-Prozesse zu erinnern. Düsseldorf zeichnet sich also durch etliche Besonderheiten aus. Aber das muß ja nicht heißen, dergleichen sei in anderen Städten nicht zu finden.

Dabei müssen es ja nicht immer positive Aspekte sein. Warum in der ehemaligen Reichshauptstadt kein bedeutender NS-Prozeß geführt worden ist, könnte auf ebenso großes Interesse stoßen wie die Freisprüche für sieben Angehörige der Wachmannschaft des Vernichtungslagers Belzec wegen Befehlsnotstandes 1964 in München oder der Freispruch für den einzigen von einem deutschen Gericht angeklagten Kommandanten eines KZ, den Chef von Groß-Rosen, Johannes Hasselbroek, 1970 in Braunschweig.

Heiner Lichtenstein

Eins zu eins für Extremisten

Das Interesse der Gruppe der PDS an statistischen Informationen über den Rechtsextremismus ist bekannt und führt durchwegs zu hilfreichen Informationen für die Allgemeinheit. In einer ihrer neueren kleinen Anfragen an die Bundesregierung (DS 13/4330) hat sich die Truppe des Herrn Dr. Gysi vorgenommen, mehr über Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst zu erfahren. In einem umfangreichen Fragenkatalog begehrte sie denn zu wissen, wieviel Rechtsextremisten, gegliedert nach einschlägigen Parteien, sortiert nach Dienstverhältnissen und Laufbahngruppen in den Jahren 1993, 94 und 95 auf den verschiedenen Verwaltungsebenen tätig waren. In Sonderheit besteht bei den Postkommunisten Interesse an der Zahl der Rechtsextremisten bei Post, Bahn und im Sicherheitsbereich; für die Länder interessieren detaillierte Zahlen für die im Bildungs-, Finanz- und Sicherheitsbereich tätigen Extremisten. In ihrer Antwort vermochte die Bundesregierung die erbetenen Auskünfte nicht zu liefern (vgl. Drucksache 13/4192). Zunächst mußte den Abgeordneten deutlich gemacht werden, daß Angaben über den Bereich der Länder ohnehin nicht zur Verfügung stehen; daß dessen ungeachtet aber überhaupt keine Zahlenerkenntnisse zur Verfügung stehen. Konkret konnte lediglich mitgeteilt werden, daß im Bereich der Bundesfinanzverwaltung in den Jahren 1993 und 94 jeweils ein Beamter aufgrund eines rechtsextremistischen Hintergrundes disziplinarischer Prüfung unterworfen und aus dem Dienst entfernt wurde.

Dieses Begehren der PDS ließ sogleich Abgeordnete aus der Unionsfraktion nicht ruhen und sie stellten identische Fragen für den Bereich des Links-Extremismus. So ist die Parität wieder hergestellt. Allerdings mußte die Bundesregierung z. T. mit wortgleichen Formulierungen, bekennen, daß sie zu Fragen der Zuständigkeit der Länder ohnehin nicht Stellung nimmt, dessen ungeachtet aber auch keine Zahlen zur Verfügung stehen.

Ach wie ging es in dieser Republik doch vor Jahren zu Zeiten der Berufsverbote geordnet zu, als uns solche Statistiken in regelmäßiger Abfolge zur Verfügung standen. So kann heute der Abgeordnete, der nach arbeitsreicher Woche mit der Bahn fährt, nicht mehr statistisch ablesen, wie häufig er von einem Lokführer in den Wahlkreis geleitet wird, der möglicherweise der PDS (weiland DKP) angehört; kann er nicht wissen, wie oft der Bote, der ihm Briefe in

den Kasten schiebt, etwa ein verkappter „Republikaner“ ist; oder bleibt einem Hamburger verborgen, wie häufig Nachhilfe für zurückgebliebene Schulkinder versprechende Lehrer in ihrer Freizeit die Internationale schmettern. Freilich, auch zu Zeiten jener schönen Statistiken wußten wir, daß mit dem Zählen allein die Sicherheit des Gemeinwesens nicht gewährleistet ist. Und deshalb sollte es uns lieber sein, daß öffentliche Dienstherren wachsam sind, ohne ihre Zeit mit dem Schreiben von Statistiken zu verbringen.

KHR

Grüße aus Bonn

Der rechtsextreme „Schulverein zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen e.V.“ hat prominente Schützenhilfe erhalten. Michael Glos, Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, übermittelte dem im Visier des Verfassungsschutzes stehenden Verein (am 8. August 1992 in Husum gegründet) anläßlich dessen 3. Jahreshauptversammlung ein Grußwort. Das Vorhaben des „Schulvereins“, so Glos, sei u.a. „bemerkenswert“, weil dieser „an deutsche Traditionen in der Region“ anknüpfe und „die Geschichte lebendig halte“. Glos lobt den „Schulverein“ auch deshalb, weil er „einen Beitrag zur Förderung und Bewahrung des kulturellen Erbes der Rußlanddeutschen“ leiste. Nachzulesen ist das Glos-Grußwort im neuesten Rundschreiben (2/96) der „Aktion >Deutsches Königsberg<“.

Beide Organisationen gehören zum Geflecht des Kieler Verlegers Dietmar Munier. Der ehemalige stellvertretende Landesvorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten“ in Schleswig-Holstein und Aktivist des „Bundes Heimattreuer Jugend“ hat sich den Wahlspruch „Laßt unsere rußlanddeutschen Landsleute in Ostpreußen wissen, daß es Glück bedeutet, Deutscher zu sein“ auf die Fahnen geschrieben.

Munier, „Chefwirbler im braunen Sud“ (SPIEGEL) im ehemaligen Nord-Ostpreußen, verfügt über ein ansehnliches Netzwerk, das über mehrere miteinander verbundene Firmen miteinander verflochten ist (vgl. BNR 22/96): Lesen + Schenken GmbH / Arndt-Verlag-u.Buchdienst + Europa-Buchhandlung / Orion-Heimreiter Verlag. Ziel von Muniers Aktivitäten sei es, so der schleswig-holsteinische Verfassungsschutz, mit der Wiedersiedlung von „Deutschstämmigen“ Gebietsansprüche im einstigen Nord-Ostpreußen zu untermauern.

Anton Maegerle

BÜCHERSCHAU

Esoterik und Herrschaft

Als eine ideologische Ausdrucksform der Ablehnung der sozialen Gleichheit und Freiheit des Menschen und damit als eine Vorstufe von Rechtsextremismus, so bewertet Jutta Dithfurth den geistigen Hintergrund einer anwachsenden esoterischen Bewegung in der Bundesrepublik. In ihrem „Entspannt in die Barbarei“ betitelten Buch beschreibt die ehemalige Grünen-Politikerin im Sinne einer journalistischen Darstellung anhand zahlreicher Fallbeispiele die organisatorischen und personellen Zusammenhänge von rechtsextremistischen, insbesondere biologischen Auffassungen mit esoterischem Gedankengut und einem bestimmten Ökologieverständnis. Behandelt werden im einzelnen so unterschiedliche Phänomene wie das „Märchenzentrum Troubadour“, der „Ernährungspabst“ Max Otto Bruker und die Anhänger der „Freiwirtschaftslehre“ von Silvio Gesell einerseits und Bioregionalismus, Erdbefreiung, Tiefenökologie und Veganismus andererseits. „Das Gemeinsame“, so Dithfurth, „von Esoterik, der ‘neuen’ Rechten und allen Spielarten des Ökofaschismus finden wir, wenn wir ihre Verkleidungen und Erscheinungsweisen abschälen und ihre Rituale und Ideologien auf ihren Kern zurückführen“ (S. 183). Dieser Kern bestehe in der gemeinsamen Ablehnung der individuellen Freiheit und der sozialen Gleichheit. Darüber hinaus bildet Esoterik für die Autorin ein wichtiges Instrument zur Legitimation von Herrschaft und Täuschung der Menschen.

Verdienstvoll an der Darstellung ist zweifellos, daß wichtiges Informationsmaterial zu einzelnen Phänomenen und deren Hintergründe zusammengetragen wurde, etwa zu den Anhängern Silvio Gesells. Die damit verbundene Kommentierung ist allerdings von einem rechthaberischen und überzogenen Stil sowie von pauschalen und undifferenzierten Einschätzungen gekennzeichnet. So wird etwa der TV-Moderator Franz Alt ohne nähere Begründung mehrmals als „sanft lächelnder Antisemit“ (S. 50) oder „scheinheiliger Antisemit“ (S. 98) bezeichnet. Esoterik selbst

betrachtet Dithfurth analytisch verkürzt rein instrumentell als Beherrschungsideologie: Sie würde in Deutschland „wieder einmal gebraucht, um die Köpfe von Millionen Menschen für eine autoritäre Gesellschaft zuzurichten“ (S. 7). „Esoterik bereitet die Überführung der patriarchal-kapitalistischen Herrschaft in den Faschismus, also die extreme kapitalistische Herrschaftsform, vor“ (S. 24). Hier werden doch auf recht grobschlächtige Weise gesamtgesellschaftliche Entwicklungsprozesse unterstellt, jeweils vermischt mit einer vulgärmarxistischen Faschismus-Theorie, profitiere doch „vor allem das Kapital“ (S. 13) von den Wirkungen esoterischer Vorstellungen. Derartige Platttheiten und Unterstellungen mindern den Wert dieses durch Einzelaussagen und -informationen - wie etwa zum Dalai Lama - nicht uninteressanten Buches doch allerdings enorm.

Armin Pfahl Traugber

Jutta Dithfurth, *Entspannt in die Barbarei. Esoterik, (Öko-) Faschismus und Biozentrismus*, Hamburg 1966, (Konkret Literatur Verlag), 224 S., 28,- DM

Flucht und Vertreibung

Von der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe ist kürzlich das Jahrbuch für 1996/97 erschienen. Seit 1987 werden regelmäßig Jahrbücher herausgegeben, die sich mit der Thematik „Flucht“ befassen. Schwerpunkt der diesjährigen Ausgabe ist die Situation im ehemaligen Jugoslawien, worüber neben anderen Judith Kumin, die Vertreterin des Hohen Flüchtlingskommissars in Bonn, und der SPD-Politiker Hans Koschnik informieren. Darüberhinaus befassen sich weitere Beiträge beispielsweise mit dem Umgang der Kirchen mit dem Flüchtlingsproblem oder den Urteilen des Bundesverfassungsgerichts über den sogenannten Asylkompromiß und ihren Konsequenzen. Ein Blick über die Grenze zeigt auf, wie die Österreicher mit dem Thema „Asyl“ umgehen.

Klaus-H. Rosen (Hrsg.), *Jahrbuch der Deutschen Stiftung für UNO-Flüchtlingshilfe 1996/97*, Berlin/Bad Honnef 1996. Ost-West-Verlag, 144 S., DM 28,80; ISBN 3-931332-09-8

Tagebuch

Berlin - Bei einer Razzia gegen Mitglieder eines neonazistischen „Werwolf Jagd- und Sturmkommandos“ wurden am 30.10. in Berlin, Brandenburg und Thüringen insgesamt elf Wohnungen durchsucht. Die Polizei stellte neben zahlreichem rechts-extremistischen Propagandamaterial auch 50 Gramm Schwarzpulver, Schreckschuß- und Gotha-waffen, Uniformteile sowie neun Nebengewehr sicher. Nach Mitteilung der Behörden seien sieben Personen vorläufig festgenommen worden. Es bestehe der Verdacht, daß die Aktivisten eine Nachfolgeorganisation der verbotenen „Wiking-Jugend“ gebildet hätten.

Berlin - Neuer Landesvorsitzende des Landesverbandes Berlin-Brandenburg der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) ist seit kurzem der 30jährige Uwe Faesel, seines Zeichens Marketingleiter bei der „Jungen Freiheit“. Die JLO-Mitgliederzeitung „Fritz“ ist vergangenes Jahr ins Visier des Bundesamts für Verfassungsschutz geraten.

Bonn/Berlin - Nach Angaben des früheren SPD-Vorsitzenden Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der überparteilichen Initiative „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ haben mehr als 2000 Deutsche während der Nazi-Zeit durch persönliches Engagement Juden vor dem Tod bewahrt. Vogel kündigte am 30. Oktober in Bonn an, daß seine Initiative in Zusammenarbeit mit dem Berliner Zentrum für Antisemitismus all diese Fälle erfassen wolle, in denen Deutsche durch Zivilcourage Juden gerettet hätten. Dabei könne jetzt auch auf Akten aus früheren DDR-Archiven zurückgegriffen werden.

Bonn - Dem Bundeskriminalamt sind im vergangenen August insgesamt 153 fremdenfeindlich motivierte Straftaten bekanntgeworden. Wie die Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage der PDS berichtete, waren darunter drei Brandanschläge, 20 Angriffe gegen Personen und 130 „sonstige Straftaten“ wie Sachbeschädigung, Bedrohung oder Beleidigung. Bei den Attacken sollen nach polizeilichen Angaben 35 Menschen verletzt worden sein, Todesfälle waren nicht zu verzeichnen.

Brandenburg a.d. Havel - Bereits in der 3. Ausgabe ist die Neonazi-Postille „Der weiße Wolf“, ein „Rundbrief inhaftierter Kameraden der >Justizvollzugsanstalt< Brandenburg“ erschienen. Verantwortlich für das braune Hardcore-Blatt, einem „vielfälti-

gen Rundbrief an Kameradinnen und Kameraden“, sind die Neonazis Maik Fischer und Jens Zugehör. Auf mehreren Seiten wird im aktuellen Rundbrief dem „Märtyrer des Friedens“, Rudolf Heß, gehuldigt; daneben finden sich Erlebnisberichte von Skin-Band-Auftritten, Szene-Schilderungen aus Vollzugsanstalten, ein Interview mit den Machern des „Bramfelder Sturms“... Solidarisch erklärt sich die Redaktion mit dem inhaftierten Mörder Thomas Lembke, der in einer psychiatrischen Anstalt einsitzt: „Kameraden zeigt Solidarität mit Thomas Lembke ... Thomas wir stehen zu Dir!“

Düsseldorf/Detmold - Der rechtskräftig zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilte Ex-Vorsitzende der verbotenen „Nationalistischen Front“ Meinolf Schönborn scheint finanziell klamm zu sein. Sein Haus in Detmold-Pivitsheide, das früher als NF-Schulungszentrum diente, steht seit Juli zum Verkauf an. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat Anhaltspunkte dafür, daß Schönborn heute legale Versandgeschäfte unter der Firmenbezeichnung „Zündstoff-Versand“ betreibt und dabei kein rechtsextremistisches Propagandamaterial anbieten soll.

Düsseldorf - Der Vorsitzende des „Bund Freier Bürger“, Manfred Brunner, mußte vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf eine Schlappe einstecken. Brunner hatte als Rechtsvertreter der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ eine Einstweilige Anordnung beantragt, mit der er die Verbreitung des Verfassungsschutzberichtes 1995 des Landes Nordrhein-Westfalen unterbinden lassen wollte. In dem Bericht wird die JF als rechtsextremistisch bezeichnet. Das Düsseldorfer Gericht hat dem Antrag nicht stattgegeben (Az.: 1 L 3150/96).

Eschweiler/Köln - Rund 250 Neonazis haben sich am 26. Oktober in Eschweiler bei Aachen zu einem Konzert von Frank Rennicke versammelt. Sie folgten einer Einladung der Zeitschrift „Europa vorn“ von Manfred Rouhs (Funktionär der DLVH), die zu einer „Firmen-Präsentation“ (Eintrittskarte: 15 Mark) eingeladen hatte. Verantwortlich für die Einladung zeichnete Sascha Wagner, Multifunktionär der NPD und der JN. EV (Zeitschrift, Verlag, Buch- und CD-Vertrieb) hat jüngst den Sitz von Köln in den Eschweiler Stadtteil Dürwiß verlegt.

Eningen unter Achalm (Kreis Reutlingen) - Vor wenigen Wochen hat der seit 1993 amtierende Bundesvorsitzende der „Jungen Nationaldemokraten“

(JN), Holger Apfel, seinen Wohnsitz aus dem niedersächsischen Schellerten (Kreis Hildesheim) ins württembergische Eningen (Kreis Reutlingen) in die dortige Villa der NPD verlegt. Die verstorbenen Schwestern Frida und Charlotte Krieg vermachten 1994 postum der NPD ihre wertvolle Immobilie in der Eninger Schillerstraße. Der 26jährige Verlagskaufmann Apfel soll inzwischen bei der „Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH“ in Stuttgart beschäftigt sein. In dem Verlag erscheint die vom NPD-Parteivorstand herausgegebene monatliche Parteizeitung „Deutsche Stimme“. Deren Chefredakteur ist der ehemalige JN-Bundesvorsitzende Karl-Heinz Sendbühler (39). Der nationaldemokratische Funktionär Rainer Hatz, er steht u.a. dem bayerischen JN-Landesverband vor, wurde ebenfalls in jüngster Zeit in Eningen gesehen. Hatz war Redakteur der Ideologiezeitschrift „Die Saufeder“ und gehört dem organisationsübergreifenden rechtsextremistischen „Frankenrat“ an.

Hagen - Mit einem Interview mit dem Neonazi-Söldner Michel Faci (alias „Leloup“), der als Kommandant der „Brigade Jacques Doriot“ auf kroatischer Seite beim jugoslawischen Bürgerkrieg kämpfte, wartet die rechtsextreme Postille „Westdeutsche Volkszeitung“ (Nr. 3; Herausgeber: Rüdiger Kahsner in Hagen), ein regionaler Ableger der „Berlin-Brandenburger Zeitung“ (BBZ), auf. Dem Interview sind erstmals die Umstände des Todes von Mario Rehor zu entnehmen. Der 16jährige französische Neonazi, Übersetzer und „Kamerad“ von Faci, wurde im Dezember 1992 bei einem Gefecht schwer verwundet und soll anschließend Selbstmord begangen haben. „Um der drohenden Gefangennahme durch die Serben und der anschließenden Folter zu entgehen, hat er sich mit einer Handgranate selbst in die Luft gesprengt“ - so Faci. Der „NS-Kampftruf“, Organ der NSDAP/AO, titelte nach dem Tod von Rehor: „Gefallen für Europa und die arische Rasse als Freiwilliger im kroatischen Befreiungskrieg“.

Halstenbek - Auf dem S-Bahnhof (Halstenbek-) Krupunder vor den Toren Hamburgs kam es in jüngster Zeit häufiger zu Zusammenkünften von gewaltbereiten rechtsgerichteten Skinheads. Dabei gab es mehrfach Übergriffe gegen Ausländer und Passanten. Der Ort ist nicht weit entfernt von der ehemaligen Bundesgeschäftsstelle der inzwischen verbotenen FAP. Dies sei erwähnt, weil bei diesen Treffen auch Glenn Goertz, einst FAP-Bundesgeschäftsführer, mitgemischt hat. Nach dem letzten Überfall gegen eine 18jährige Hamburgerin bezogen die

rechten Schläger jedoch selbst Prügel. Eine Gruppe junger Leute - meist Ausländer verschiedener Nationen - ergriff Selbstjustiz und attackierte den Neonazi-Clan. Dabei gab es acht Verletzte, darunter auch Glenn Goertz. In diesem Zusammenhang „outete“ sich die Gruppierung um Goertz: Sie bezeichnet sich in einem Schreiben als „Nationale Jugend Krupunder“, die einen „eigenen Ermittlungsausschuß“ bilden wolle. Sie seien lediglich harmlose Opfer militanter Gewalt, so die Darstellung der zum Teil erst 15jährigen Skins, gegen die diverse Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung laufen.

Hamburg/Lüdenscheid - Der hamburgische Landesverband der „Republikaner“ hat den amtierenden Landesvorsitzenden Hans Fiedler in seinem Amt bestätigt. Stellvertretende Landesvorsitzende wurden Thomas Nissen, Jan Pigors und Karsten Schönfeld, Landesschatzmeister ist Rolf Klemptner-Fabritz, Landesschriftführer Josef Saller. Die nordrhein-westfälischen „Republikaner“ haben ihren Landesvorstand vervollständigt. Unter den auf einem Parteitag in Lüdenscheid nachgewählten Beisitzern befindet sich jetzt auch der frühere REP-Landesvorsitzende Uwe Goller.

Madrid/Spainien - Die „Nationalen Infotelefone“ (NIT) mobilisieren für eine Spanienfahrt vom 21. bis 25. November. Anlaß sind die in Madrid von spanischen Faschisten ausgerichteten Feierlichkeiten der Todestage des spanischen Diktators Francisco Franco (20. November 1975) und des Falange-Gründers (20. November 1936) Jose Antonio Primo de Rivera. Vor Ort waren im letzten Jahr u.a. bundesdeutsche Neonazis, darunter Friedhelm Busse (Jahrgang 1929), Bundesvorsitzender der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP), und der NPD-Spitzenfunktionär Udo Voigt (Jahrgang 1952), heute NPD-Bundesvorsitzender. Für deutsche Neonazi-Reisekader bilden die Gedenkfeierlichkeiten in Madrid - neben dem alljährlichen Aufmarsch im belgischen Diksmuide (August) und dem im Oktober stattfindenden Ulrichsbergtreffen (bei Klagenfurt) in Österreich - eine optimale Gelegenheit dafür, sich ungehindert mit Gleichgesinnten aus dem In- und Ausland zu treffen und koordinierte Aktionen abzusprechen. Anreisen können die Kameraden per Flugzeug (Koordinator: Otfried Pahncke, Berlin) oder per Bus (Koordinator: Frank Golkowski, Gotha). Gesteuert werden die braunen Reisekader von der NPD.

Naumburg/Saale - Der revanchistische „Witiko-bund“ hat einen Führungswechsel vollzogen. Auf

